

KLAUS ZIEMER

KONSTRUKTIONEN NATIONALER IDENTITÄT UND AUSSENPOLITISCHE KURSSUCHE

POLEN NACH 1989

Mit der Wiederherstellung der politischen Souveränität Polens 1989 sah sich die neue politische Führung nicht nur vor die Aufgabe gestellt, demokratische staatliche Strukturen und ein marktwirtschaftliches Ordnungssystem einzuführen. Auch die Grundlagen der polnischen Außenpolitik mussten neu bestimmt werden. Bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung war außerdem zu klären, wie der Träger der staatlichen Souveränität, die polnische Nation, zu definieren sei.

Anders als bei zwei großen Zäsuren der polnischen Geschichte im 20. Jahrhundert, 1918 und 1945, stand 1989 nicht die Frage der territorialen Ausrichtung Polens nach der piastischen oder der jagiellonischen Konzeption im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Diese Frage war 1945 ohne Mitsprache Polens entschieden worden. Die Frage der Grenzen wurde mit der Anerkennung der heutigen deutsch-polnischen Grenze durch das vereinte Deutschland im Vertrag vom 14. November 1990 und dessen Ratifizierung am 16. Dezember 1991 formalrechtlich besiegelt. Inzwischen hat sich entlang dieser Grenze von der Ostsee bis zur Tschechischen Republik eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit entwickelt, und der Verlauf der Grenze ist in den deutsch-polnischen Beziehungen kein Thema mehr.¹

¹ Wie groß in der polnischen Bevölkerung das Misstrauen gegenüber der Dauerhaftigkeit dieser Grenze nach den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen seit 1945 war, machte eine in „Der Spiegel“ (Nr. 36 vom 02.09.1991) veröffentlichte repräsentative Umfrage deutlich. Danach erklärten noch fast ein Jahr nach der Unterzeichnung des Grenzvertrags 42 Prozent der befragten Polen, die Grenze sei „ziemlich unsicher“, weitere 9 Prozent, sie sei sogar „sehr unsicher“, <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/13490600> (Zugriff: 15.12.2018).

Die Definition der Nation

Seit Mitte der 1950er Jahre gaben die Statistiken der kommunistischen Regierung an, dass sich die Bevölkerung Polens zu 97–98 Prozent aus ethnischen Polen zusammensetzte. Das Bestehen einer deutschen Minderheit wurde geleugnet, obwohl seit den 1970er Jahren mit oder ohne Einverständnis der polnischen Behörden mehr als 300.000 Personen, die nach deutschem Recht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, in die Bundesrepublik ausgewandert waren.

Die neue demokratische Regierung erkannte die Existenz nationaler Minderheiten, darunter einer deutschen, an und das Parlament richtete einen ständigen Ausschuss für Fragen der nationalen und ethnischen Minderheiten ein. Für die deutsche Regierung bildeten bei der Aushandlung des Vertrags über gutnachbarliche Beziehungen mit Polen von 1991 die Rechte der deutschen Minderheit das zentrale Problem. Heute ist diese Frage weitgehend gelöst, etwa bezüglich des Schulwesens. Dahinter stehen auch Lernprozesse, die politische Eliten wie Gesellschaft im demokratischen Polen zunächst durchlaufen mussten.

Das entsprechende polnische Gesetz von 2005 erkannte neun nationale und vier ethnische Minderheiten an und führte die Möglichkeit zweisprachiger Ortsschilder in allen Gemeinden ein, bei denen ein Zensus ergeben habe, dass im Ort mindestens 20 Prozent Einwohner mit nicht-polnischer Herkunft lebten.² Solche Ortsschilder einzuführen, hatte sich die polnische Seite im Nachbarschaftsvertrag mit Deutschland 1991 noch nicht im Stande gesehen. Am 18. Juli 2016 waren in 815 Gemeinden und Ortsteilen polnisch-kaschubische, in 359 polnisch-deutsche, in 30 polnisch-litauische, in 27 polnisch-belarussische und in 9 polnisch-ukrainische (lemkische) Ortstafeln angebracht.³

Bei der Volkszählung 2011 bezeichneten sich bei einer Gesamtbevölkerung von 38.511.800 Personen 37.310.300 als Polen, davon gaben 36.522.200 die polnische als einzige nationale Zugehörigkeit an. Die Zahl der „Schlesier“, die bei der Volkszählung 2002 überraschend – weil diese

² Ustawa o mniejszościach narodowych i etnicznych oraz o języku regionalnym [Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten und die Regionalsprache], Gesetz vom 5. Januar 2005, mit späteren Änderungen, Dziennik Ustaw 2017, Position 823, <http://prawo.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU20170000823/T/D20170823L.pdf> (Zugriff: 15.12.2018).

³ Dwujęzyczne nazewnictwo geograficzne w Polsce [Zweisprachige geografische Bezeichnungen in Polen], https://pl.wikipedia.org/wiki/Dwuj%C4%99_zyczne_nazewnictwo_geograficzne_w_Polsce (Zugriff: 03.12.2018).

Kategorie auf den Formularen gar nicht vorgesehen war – 173.153 betragen hatte, wuchs auf 846.700 an, davon 435.800 als „erste“ und 375.600 als „einzige“ Zugehörigkeit,⁴ gefolgt von den Kaschuben (232.500), davon 17.700 als „erste“ Zugehörigkeit. Die Deutschen belegten Platz drei der Minderheiten mit 147.800 Personen, davon 74.500 als „erste“ Zugehörigkeit.⁵ Damit erklärten sich 96,9 Prozent als Polen, darunter 94,8 Prozent ausschließlich als Polen. Das zeigt, dass 1,8 Prozent der Bevölkerung zwar das Bewusstsein haben, auch einer anderen Nationalität anzugehören, sich aber primär als Pole oder Polin fühlen. Nur 1,4 Prozent gaben an, ausschließlich eine andere als die polnische Nationalität zu besitzen. Bei weiteren 1,4 Prozent konnte die Nationalität nicht festgestellt werden.⁶

Wichtig für die politischen Rechte der nationalen Minderheiten wie auch für den Begriff der Nation sind die einschlägigen Definitionen in der Verfassung. Hier äußert sich die Präambel der Verfassung von 1997 eindeutig: „[...] beschließen wir, das polnische Volk – alle Staatsbürger der Republik, [...] uns die Verfassung der Republik Polen zu geben“. Die Zugehörigkeit zur polnischen Nation wird also nicht ethnisch, sondern durch die Staatsbürgerschaft definiert.

Im Programm der seit Ende 2015 allein regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość*, PiS) von 2014 heißt es, die Nation werde nicht ethnisch definiert.⁷ In der Praxis beansprucht jedoch die Führung von PiS zu bestimmen, wer ein „echter“ Pole sei. Politische Gegner und Journalisten, die Polen im Ausland „denunzierten“, bezeichnete der PiS-„Präsident“ Jarosław Kaczyński als „Polen der schlechtesten Sorte“. Landesverräter habe es in der polnischen Geschichte immer gege-

⁴ Auf die sehr komplexe Problematik der „schlesischen“ Identität und der Schlesischen Autonomie-Bewegung (*Ruch Autonomii Śląska*, RAŚ) kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

⁵ „Ludność według rodzaju i kolejności identyfikacji narodowo-etnicznych – w 2011 roku“ [Die Bevölkerung nach Art und Reihenfolge der national-ethnischen Identifikationen – im Jahr 2011], in: Główny Urząd Statystyczny, *Struktura narodowo-etniczna, językowa i wyznaniowa ludności Polski. Narodowy Spis Powszechny Ludności i Mieszkań* [Statistisches Hauptamt, National-ethnische, Sprachen- und Bekenntnisstruktur der Bevölkerung Polens. Allgemeine nationale Zählung der Bevölkerung und der Wohnungen], Warszawa 2015, Tabelle 2.2., S. 31, <https://stat.gov.pl/spisy-powszechne/nsp-2011/nsp-2011-wyniki/struktura-narodowo-etniczna-jezykowa-i-wyznaniowa-ludnosci-polski-nsp-2011,22,1.html> (Zugriff: 05.10.2020).

⁶ Prozentzahlen berechnet nach ebd.

⁷ Program Prawa i Sprawiedliwości 2014 [Programm von Recht und Gerechtigkeit 2014], S. 9, <http://pis.org.pl/dokumenty> (Zugriff: 03.12.2018).

ben, manche Leute hätten das in den Genen.⁸ Noch prägnanter brachte die besondere Vorstellung der Nation die Witwe des beim Flugzeugabsturz von Smolensk 2010 tödlich verunglückten Präsidenten des Instituts des Nationalen Gedenkens, Janusz Kurtyka, Zuzanna Kurtyka, bei einer Gedenkveranstaltung zum Monatstag des Unglücks im Oktober 2011 zum Ausdruck, einen Tag, nachdem sie in Krakau als PiS-Kandidatin bei den Wahlen zum polnischen Senat unterlegen war:

„Die Regierung der Bürgerplattform [Partei *Platforma Obywatelska*, PO, K. Z.] wurde nicht von der Nation gewählt, sondern von der Gesellschaft. Das ist ein grundsätzlicher Unterschied. Die Nation sind wir!“⁹

Untrennbar mit der polnischen Nation verbunden ist die Katholische Kirche. Der amerikanische Soziologe José Casanova stellte 1994 fest, die Kirche habe sich in der Zeit des Kommunismus unbestreitbare Verdienste um die Bewahrung der nationalen Identität der Polen erworben. Mit erkennbarer Skepsis stellte er jedoch die Frage, ob die Kirche unter den veränderten Rahmenbedingungen seit 1989 die Autonomie der Zivilgesellschaft anerkennen oder eher auf einem ethnisch und konfessionell bestimmten Nationsbegriff beharren werde.¹⁰ Die Praxis seit 1989 lief sehr deutlich auf die zweite Alternative hinaus, wobei das öffentliche Erscheinungsbild der Kirche seit dem Tod von Papst Johannes Paul II. (2005) immer mehr vom klerikal-nationalen Sender Radio Maryja geprägt wird.

Eine Gruppe dem „offenen Katholizismus“ zuzurechnender Geistlicher und Publizisten richtete zwar im Frühjahr 2016 an den Vorsitzenden der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, die Bitte, angesichts nationalistischer Demonstrationen und Taten möge die Bischofskonferenz die Haltung der Kirche hierzu darlegen. Gleichwohl kam im Frühjahr 2017 die Publikation eines Dokuments zum „christlichen Patriotismus“ eher überraschend. Zu Beginn begrüßen die Bischöfe darin eine Belebung patriotischer Haltungen und des Nationalbewusstseins in Polen, nehmen dann aber eine scharfe Abgrenzung zwischen Patriotismus und Nationalismus vor. Sie unterstreichen, dass Geschichte und Identität

⁸ MICHAŁ CZORNAK, „Najgorszy sort Polaków?“. Co tak naprawdę powiedział Jarosław Kaczyński? [„Übelste Sorte von Polen?“. Was hat Jarosław Kaczyński wirklich gesagt?], <https://wmeritum.pl/najgorszy-sort-polakow-co-tak-naprawde-powiedzial-jaroslaw-kaczynski/130074> (Zugriff: 15.12.2018).

⁹ WOJCIECH PEŁOWSKI, Dzięki Bogu Zuzanna Kurtyka nie została senatorem [Gott sei Dank wurde Zuzanna Kurtyka nicht Senatorin], in: *Gazeta Wyborcza*, 11.10.2011.

¹⁰ JOSÉ CASANOVA, *Public Religions in the Modern World*, Chicago / London 1994, S. 109.

Polens besonders eng mit der lateinischen Tradition der katholischen Kirche verbunden seien.

„Nichtsdestoweniger dienten und dienen immer noch neben der katholischen Mehrheit ebenso gut orthodoxe Polen und Protestanten sowie Gläubige des Judentums, des Islam und anderer Glaubensbekenntnisse sowie diejenigen, die sich in keiner religiösen Tradition wiederfinden, dem gemeinsamen Vaterland.“¹¹

Daher solle der gegenwärtige polnische Patriotismus

„[...] allen Bürgern – unabhängig von ihrem Glaubensbekenntnis oder ihrer Herkunft –, für die das Polentum und der Patriotismus eine moralische und kulturelle Wahl sind, immer Achtung und das Gefühl der Gemeinschaft entgegenbringen.“¹²

Das klingt wie eine Paraphrase der Präambel der polnischen Verfassung von 1997 in kirchlicher Terminologie. In der Präambel der Verfassung heißt es:

„[...] beschließen wir, das polnische Volk – alle Staatsbürger der Republik, sowohl diejenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, als auch diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, sondern diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten, [...] uns die Verfassung der Republik Polen zu geben.“¹³

Dieser Abschnitt wurde vom früheren Premierminister Tadeusz Mazowiecki formuliert und war 1997 heftig umstritten. Bemerkenswert ist, dass sich die inhaltliche Zustimmung zu ihm jetzt in einem Dokument des polnischen Episkopats findet.

Dieses Dokument liest sich in Teilen wie ein politischer Katechismus für polnische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. Allerdings ist fraglich, welche Reichweite ihm zukommt. Die Skepsis des Chefredakteurs der

¹¹ Chrześcijański kształt patriotyzmu. Dokument Konferencji Episkopatu Polski przygotowany przez Radę ds. Społecznych [Die christliche Gestalt des Patriotismus. Dokument der Polnischen Bischofskonferenz erstellt vom Rat für soziale Angelegenheiten] (14.03.2017), <https://episkopat.pl/chrzescijanski-ksztalt-patriotyzmu-dokument-konferencji-episkopatu-polski-przygotowany-przez-rade-ds-spolecznych/> (Zugriff: 04.12.2018). Deutsche Version: Patriotismus in christlicher Gestalt. Dokument der Polnischen Bischofskonferenz vom 14. März 2017, https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/dossiers_2018/2018-Dokument-Poln.-Bischofskonferenz-Patriotismus-in-christlicher-Gestalt.pdf (Zugriff: 18.11.2020).

¹² Ebd.

¹³ Verfassung der Republik Polen, 02.04.1997, <https://www.sejm.gov.pl/prawo/konst/niemiecki/kon1.htm> (Zugriff: 13.06.2022).

„liberalen“ katholischen Vierteljahresschrift „Więź“, Zbigniew Nosowski, scheint berechtigt, der nach einem zustimmenden Referieren des Dokumentes und kritischen Zitaten rechter katholischer Politiker und Publizisten dazu darauf verweist, dass selbst der Hauptautor des Textes, der Breslauer Erzbischof Józef Kupny, auf einer Pressekonferenz erklärt habe, er wisse nicht, welche Verbindlichkeit das Dokument besitze. Eine klare Instruktion und eine unverbindliche Richtungsweisung seien zwei sehr verschiedene Dinge.¹⁴ In der Praxis spielt das Dokument keine Rolle. Es wird kaum darauf Bezug genommen, etliche Äußerungen katholischer Hierarchen widersprachen ihm geradezu.

Die Neudefinition der polnischen Außenpolitik nach 1989

Mit der Bildung der von dem Nichtkommunisten Tadeusz Mazowiecki geführten Regierung im Spätsommer 1989 stellte sich auch die Frage nach einer Neuausrichtung der polnischen Außenpolitik. Eine entscheidende Determinante dabei war die weitere Entwicklung in der Sowjetunion. Selbst nach deren Zerfall Ende 1991 blieben noch Zehntausende Soldaten der Roten Armee in Polen stationiert. Erst am 17. September 1993, auf den Tag genau 54 Jahre nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Polen 1939, verließen die letzten russischen Soldaten Polen. Damit konnte die polnische Außen- und Sicherheitspolitik unter neuen sicherheitspolitischen Prämissen formuliert und implementiert werden.

Alle politischen Kräfte in Polen waren sich einig, dass die oberste Priorität dem Schutz des Landes vor einer militärischen Bedrohung durch Russland zukomme. Die im März 1999 erreichte Mitgliedschaft Polens in der NATO wurde von allen politischen Lagern als das wichtigste Ereignis für Polen in den 1990er Jahren begrüßt. Weit schwieriger war der Beitritt zur Europäischen Union, nicht nur wegen des komplizierten Aufnahmeverfahrens und der verschiedenen von Polen zu erfüllenden Anforderungen. Umstritten war die Mitgliedschaft selbst auch in Polen. In Kategorien außenpolitischer Schulen kann man bei der Haltung zur europäischen Integration zwei grundsätzliche Lager ausmachen: einerseits die liberalen Positionen zuneigenden Befürworter der europäischen Integration, die man verkürzt auch als Anhänger der „piastischen Konzeption“ bezeich-

¹⁴ ZBIGNIEW NOSOWSKI, Patriotyzm chrześcijański, czyli otwarty [Christlicher, d. h. offener Patriotismus], in: *Więź*, 28.04.2017, <http://wiesz.com.pl/2017/04/28/patriotyzm-chrzescijanski-czyli-otwarty/> (Zugriff: 05.12.2018).

nen könnte, andererseits die „Eurorealisten“, die in der europäischen Integration eine Reihe von Gefahren sehen und eher der „jagiellonischen“ Konzeption zuneigen. Die „Europa-Enthusiasten“ betonten die kulturelle Zugehörigkeit Polens zum Westen und die gemeinsame Wertebasis. Sie unterstreichen gleichfalls, dass die Mitgliedschaft in der EU eine Chance für die dringend benötigte sozioökonomische und technologische Modernisierung des Landes biete.

Die Soziologin Lena Kolarska-Bobińska stellte auf der Grundlage repräsentativer Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts CBOS 2001 fest, es gebe zwar für die Mitgliedschaft in der EU auch ökonomische Gründe. Den Kern für den Wunsch Polens nach einem EU-Beitritt bilde jedoch eine „zivilisatorische“ Option.¹⁵ Im Postulat der „Europäisierung“ Polens als Grundrichtung der Außenpolitik stimmten bis 2005 die meisten politischen Eliten überein, unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Regierung.

Die „Euro-Realisten“ klagten zwar über ungünstige Aufnahmebedingungen, zogen aber in der geopolitischen Auseinandersetzung mit Russland die Mitgliedschaft der Länder Ostmitteleuropas in der EU vor, da es dann kein „Zwischeneuropa“ mehr gebe. Andere – wie die Brüder Kaczyński – sahen weiterhin die Gefahr eines deutsch-russischen Zusammenspiels in Europa, insbesondere im Energiebereich. Das Abkommen über die Erdgas-Pipeline Nord Stream wurde 2005 geradezu als Pakt „Ribbentrop – Molotov II“ gesehen.¹⁶

Eine wichtige Rolle spielte bei der Argumentation der Integrationsgegner bereits 1992 in der Diskussion über eine Assoziation Polens mit den damaligen Europäischen Gemeinschaften die Furcht vor einem Verlust an Souveränität für Polen, die nach langen Jahrzehnten gerade erst mühsam wiedererrungen worden sei. Vorbehalte gab es ferner wegen der Befürchtung, die kulturelle Identität der polnischen Nation könne „aufgeweicht“ werden. Ebenfalls geäußert – insbesondere, aber nicht nur von kirchlicher Seite – wurde die Erwartung, „libertäre“ Einflüsse aus dem

¹⁵ LENA KOLARSKA-BOBIŃSKA, Polacy wobec wielkiej zmiany [Die Polen angesichts des großen Wandels], in: Polacy wobec wielkiej zmiany. Integracja z Unią Europejską [Die Polen angesichts des großen Wandels. Die Integration mit der EU], hg. v. DERS., Warszawa 2001, S. 5–11.

¹⁶ Gemeint ist der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag mit seinem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939, auch landläufig „Hitler-Stalin-Pakt“ oder „Molotov-Ribbentrop-Pakt“ genannt (letztere Bezeichnung nach dem sowjetischen und deutschen Außenminister, die u. a. den Vertrag unterzeichneten) [Anm. d. Hrsg.].

Westen könnten die Moral der Polen untergraben.¹⁷ Militantestes Sprachrohr der EU-Gegner war Radio Maryja.

Mehrfach befürwortete Papst Johannes Paul II. den polnischen EU-Beitritt, u. a. in seiner Rede vor dem polnischen Parlament am 11. Juni 1999. Wenige Wochen vor dem entscheidenden Referendum über den EU-Beitritt griff Papst Johannes Paul II. in einer seiner Ansprachen zum sonntäglichen Angelus-Gebet in Rom eine zuvor von Mitgliedern der Katholischen Universität Lublin propagierte Parole auf, „von der Lubliner Union zur Europäischen Union“. Die Lubliner Union von 1569 hatte die Personalunion zwischen Polen und Litauen in eine Realunion umgestaltet. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union bildete in dieser Sichtweise eine Art Krönung der polnischen Geschichte. Im Beitrittsreferendum vom Juni 2003 betrug der Anteil der gültigen Stimmen für den Beitritt 77,5 Prozent bei einer Abstimmungsbeteiligung von 58,9 Prozent. Vollzogen wurde der Beitritt zum 1. Mai 2004.

Weitgehende Übereinstimmung bestand in allen politischen Lagern in Polen in der Haltung gegenüber den östlichen Nachbarn. Hier setzte sich die von den Herausgebern der Pariser „Kultura“, Jerzy Giedroyc und Juliusz Mieroszewski, bereits Mitte der 1950er Jahre formulierte Position durch, Polen solle sich mit dem Verlust seiner 1945 an die Sowjetunion abgetretenen Ostgebiete abfinden und seine neue Ostgrenze anerkennen. Voraussetzung sei allerdings die Unabhängigkeit der bisherigen Sowjetrepubliken Litauen, Belarus und Ukraine, die ihrerseits eine Garantie für Polens Sicherheit sei.¹⁸

Mit dem Erreichen der strategischen Hauptziele der polnischen Außenpolitik, der Mitgliedschaft in NATO und EU, wurden Interessenunterschiede zwischen Polen und seinen europäischen Hauptpartnern, Deutschland und Frankreich, deutlicher sichtbar, am klarsten im Irakkrieg 2003. Die Teilnahme polnischer Soldaten beim Angriff der USA auf den Irak trug Polen teilweise den Ruf eines „trojanischen Pferds der USA“ in der EU ein. Den europäischen Politikern war entgangen, welch hohe

¹⁷ Belege für die Argumentationsmuster der damaligen Gegner einer Assoziation mit den EG bzw. der EU bei KLAUS ZIEMER, Polen auf der Suche nach einem neuen Ort in Europa, in: *Die Integration Europas*. PVS-Sonderheft 23 (1992), hg. v. MICHAEL KREILE, S. 390–405, hier S. 402 f. Vgl. auch: GRZEGORZ ADAMCZYK / PETER GOSTMANN, Polen zwischen Nation und Europa. Zur Konstruktion kollektiver Identität im polnischen Parlament, Wiesbaden 2007.

¹⁸ Vgl. u. a. SEBASTIAN GERHARDT, *Polska polityka wschodnia*. Die Außenpolitik der polnischen Regierung von 1989 bis 2004 gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Polens (Russland, Litauen, Weißrussland, Ukraine), Marburg 2007.

Priorität für die polnischen politischen Eliten das Wohlwollen der amerikanischen Regierung besaß, da sie in den USA letztlich den einzigen Garanten für Polens Sicherheit im Falle eines russischen Angriffs sahen.

Polen, als dessen „Anwalt“ Deutschland in den 1990er Jahren bei der Westintegration des Landes bezeichnet wurde, trat nun zunehmend selbstbewusster auf, auch wenn die polnischen Eliten die informellen Mechanismen Brüsseler Entscheidungsprozesse noch nicht völlig begriffen und die Bedeutung Polens in der EU primär nach seiner Stimmenzahl im Europäischen Rat beurteilten. Noch vor dem formellen Beitritt zur EU legte die polnische Regierung Ende 2003 in Brüssel aufgrund der vorgesehenen künftigen Stimmenverteilung im Rat ihr Veto gegen die vorgesehene EU-Verfassung ein.¹⁹ Ministerpräsident Miller vom Bund der Demokratischen Linken (*Sojusz Lewicy Demokratycznej*, SLD) konnte sich hier eines überparteilichen Einvernehmens sicher sein. Welche Möglichkeiten sich für Polen in der EU ergeben, zeigte sich während der „Orangen Revolution“ in der Ukraine 2004/05, als Präsident Kwaśniewski dank EU-Unterstützung eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Krise in Kiev spielen konnte. Polen trat als aktiver Player auf, gestärkt durch die Europäische Union, und stärkte durch das Auftreten Kwaśniewskis seinerseits die EU.

Ein etwas irritierendes Intermezzo bildete die Zeit der von der PiS zusammen mit der national-katholischen Liga der Polnischen Familien (*Liga Polskich Rodzin*, LPR) und der Partei Selbstverteidigung (*Samoobrona*) des Populisten Andrzej Lepper 2005 bis 2007 geführten Regierung, insbesondere nachdem Jarosław Kaczyński 2006 selbst das Amt des Regierungschefs übernahm und Anna Fotyga Außenministerin wurde. Polen betonte seine Eigenständigkeit in der EU, plädierte für die Aufnahme aller Länder des Balkans, der Ukraine und der Türkei sowie Georgiens und – falls diese das wünschten – auch Armeniens und Aserbaidschans.²⁰ Die Aufnahme solcher neuer Mitglieder, die den Kopenhagener Aufnahmekriterien kaum entsprachen, sollte offensichtlich eine weitere

¹⁹ Die von der Opposition lancierte und von der Regierung aufgegriffene Parole lautete: „Nizza [d. h. die auf dem EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 beschlossene, für Polen günstige Stimmenzahl im Ministerrat] oder der Tod!“, vgl. CHRISTIAN SCHMIDT-HÄUER, Der Held der Nein-Sager, in: Die Zeit, Nr. 52, 17.12.2003. <https://www.zeit.de/2003/52/Miller> (Zugriff: 15.12.2018).

²⁰ Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2007 r., 5 kadencja, 41 posiedzenie, 4. dzień [Information der Außenministerin über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2007, 5. Wahlperiode, 41. Sitzung, 4. Tag], 11.05. 2007, <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata5.nsf/main/7228EE8D> (Zugriff: 15.12.2018).

Integration in der EU erschweren und damit den Einzelstaaten möglichst viele Kompetenzen belassen. Gegenüber den USA führte diese Regierung eine Politik, die von Kritikern als Unterwürfigkeit bemängelt wurde.²¹

Polen als wichtiger Akteur in der EU

Mit der Bildung der Koalitionsregierung aus PO und Polnischer Volkspartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL) nach den vorgezogenen Wahlen vom Herbst 2007 schwenkte Polen unter Regierungschef Donald Tusk auf einen deutlich proeuropäischen Kurs ein. Der neue Außenminister Radosław Sikorski erklärte in seinem ersten Exposé vor dem Sejm, der Umbruch des Jahres 1989 habe zu einem Richtungswechsel der polnischen Politik geführt, der an den Zivilisationssprung des piastischen Polen vor tausend Jahren erinnere. Damals sei das Land in den politischen Kreislauf der lateinischen Welt einbezogen worden. Die Versöhnung mit Deutschland, die Zusammenarbeit mit den Visegrád-Staaten und vor allem die Mitgliedschaft Polens in den westlichen Institutionen zeugten von einer „Rückkehr des piastischen Geistes zu unseren neuesten Herausforderungen um Identität – einer polnischen und europäischen zugleich“. Er wies jedoch auf die Schwierigkeiten nicht nur im politischen und wirtschaftlichen Integrationsprozess hin, sondern auch auf die Probleme in der wechselseitigen Wahrnehmung in Europa. Europa werde sich so lange nicht mental vereinen, solange die westeuropäischen Partner nicht wirklich verstünden, dass „unser Kampf um die Freiheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine ebenso europäische Erfahrung ist wie ihr Wohlstand jener Jahre“.²² International wahrgenommen wurde, dass die Wirtschaft in Polen während der Weltwirtschaftskrise in den Jahren nach 2008 als einzigem EU-Land weiterhin auf Wachstumskurs blieb.

Besonders eng arbeitete die PO-PSL-Regierung mit Deutschland zusammen, was durch den guten persönlichen Kontakt zwischen Donald Tusk und Angela Merkel erleichtert wurde, sich aber auch auf enge Kon-

²¹ So von Prof. Roman Kuźniar, dem wenige Monate zuvor von der Regierung entlassenen Direktor des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (PISM) und der Diplomatischen Akademie, auf der Konferenz im Warschauer Hotel Hyatt am 9. Oktober 2007, auf der eine Bilanz der Außenpolitik von zwei Jahren PiS-geführter Regierungen gezogen wurde. Der Autor war teilnehmender Beobachter auf dieser Konferenz.

²² Informacja Ministra Spraw Zagranicznych o założeniach polskiej polityki zagranicznej w 2008 roku [Information des Außenministers zur polnischen Außenpolitik 2008], 07.05.2008), <http://orka2.sejm.gov.pl/Debata6.nsf/main/20C4290E> (Zugriff: 13.12.2020).

takte auf ministerialer Ebene erstreckte. Starke Beachtung fand die „Berliner Rede“ Sikorskis von Ende November 2011, in der er Deutschland zu einer stärkeren Führungsrolle bei der europäischen Integration aufforderte. Insbesondere seine Worte: „Deutsche Macht fürchte ich heute weniger als deutsche Untätigkeit“²³ wurden nicht nur in Polen und Deutschland breit diskutiert. Oppositionsführer Kaczyński, der im Jahr zuvor u. a. wegen der Nord Stream-Pipeline von einem „deutsch-russischen Kondominium“ in Polen gesprochen hatte, erklärte, Sikorski sollte aufgrund dieser Rede wegen Landesverrats vor dem Staatsgerichtshof angeklagt werden.

Auf europäischer Ebene gewann Polen durch seine konstruktive Politik und Berechenbarkeit sowie durch seine beachtlichen wirtschaftlichen Aufbauleistungen hohe Anerkennung. Dies schlug sich u. a. und nicht zuletzt dank deutscher Unterstützung in der Wahl von Jerzy Buzek zum Präsidenten des Europäischen Parlaments 2009 und der Wahl von Donald Tusk zum Vorsitzenden des Europäischen Rates 2014 nieder. In der Frage einer EU-Erweiterung plädierte 2015 jedoch auch der PO-Außenminister Grzegorz Schetyna dafür, Ländern in der Nachbarschaft Polens, die bereit seien, die europäischen Standards anzunehmen, den Weg in die EU offenzuhalten. Namentlich nannte er die Türkei, die Ukraine, Georgien und Moldawien.²⁴ Hier lag die Zielsetzung vermutlich primär darin, Polen innerhalb der EU von der Außengrenze stärker in die Mitte zu verlegen und damit zu entlasten. Dem Ziel, die Rückstände in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft der zwischen der EU und Russland gelegenen Staaten zu vermindern und ihre Demokratie zu fördern, diente das 2009 von Polen gemeinsam mit Schweden im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik lancierte Projekt der „Östlichen Partnerschaft“ mit Belarus, der Ukraine, Moldawien, Armenien, Aserbeidschan und Georgien, dessen bisherige Erfolge allerdings bescheiden sind.²⁵

²³ Größere Auszüge der Rede Sikorskis unter dem Titel „Am Rande des Abgrunds muss Deutschland führen“ sind zugänglich unter <https://welt.de/debatte/kommentare/article13741449/Am-Rande-des-Abgrunds-muss-Deutschland-fuehren.html> (Zugriff: 13.12.2020).

²⁴ Informacja ministra spraw zagranicznych o zadaniach polskiej polityki zagranicznej w 2015 r. [Information des Außenministers über die Aufgaben der polnischen Außenpolitik 2015], 23.04.2015, http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter7.nsf/0/07D5239CA45617BCC1257E31000FA59E/%24File/91_b_ksiazka_bis.pdf (Zugriff: 13.12.2020).

²⁵ Vgl. u.a. SUSAN STEWART, Die EU, Russland und eine zusehends weniger gemeinsame Nachbarschaft, in: SWP-Aktuell, 2014, H. 6, S. 1–8, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2014A06_stw.pdf (Zugriff: 11.12.2018).

Die Außenpolitik der PiS

Die wichtigste Neuorientierung der polnischen Außenpolitik nach dem Wandel von 1989 fand nach dem Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen vom Spätherbst 2015 statt. Ausgangspunkt der innen- wie außenpolitischen Konzeptionen von PiS ist die Nation.²⁶ Die bei dem Flugzeugabsturz bei Smolensk im April 2010 tödlich verunglückte Soziologin und PiS-Abgeordnete Grażyna Gęsicka hatte dazu auf dem III. PiS-Kongress im März 2010 in Posen erklärt, die nationale Gemeinschaft errichte man auf der Grundlage der Geschichte, aber auch von Visionen und Zielen in der Zukunft.²⁷ Entsprechend würden die Mittel zum Erreichen der Ziele ausgewählt. Ein zweites Grundkriterium sei im Anschluss an Carl Schmitt die Unterscheidung von Verbündeten und Feinden in der Innen- und Außenpolitik.²⁸ Ferner spielten Kategorien der klassischen Geopolitik eine große Rolle, wobei den Ausschlag nicht nur die aktuellen politischen Konstellationen in Europa, sondern insbesondere Erfahrungen aus der Vergangenheit gäben.²⁹

Das PiS-Programm von 2014 beklagt den durch die Außen- und Sicherheitspolitik der PO verschuldeten „Verlust der Werkzeuge zur selbstständigen Verwirklichung nationaler Interessen“ und die Beschränkung darauf, „sich in die Hauptströmung transnationaler Entscheidungen einzuordnen“. Daher müsse erstes Ziel der polnischen Außen- und Sicherheitspolitik die „Sicherung des Subjektseins unseres Staates in der internationalen Politik“ sein. Polen schöpfe seine Kraft aus der Region Mittel- und Osteuropa und stärke dadurch das Potential ganz Europas.

Eine PiS-geführte Regierung werde das „Subjektsein“ und die Freiheit der Staaten dieses Raumes wiederaufbauen. Das bedeute eine Vertiefung

²⁶ Polnisch: *naród*. Um die besondere Bedeutung der Nation zu unterstreichen, wird *naród* in PiS-Dokumenten in der Regel mit großem N geschrieben.

²⁷ Nowoczesna Polska 2020: Materiały i dokumenty (III Kongres Prawa i Sprawiedliwości. Zespół Pracy Państwowej) [Das moderne Polen 2020. Materialien und Dokumente (III. PiS-Kongress. Arbeitsgruppe Staatsarbeit)], Poznań 2010, S. 35, zitiert nach WALDEMAR PARUCH, Między romantyzmem a realizmem – Prawo i Sprawiedliwość o polityczności [Zwischen Romantismus und Realismus – Recht und Gerechtigkeit zum politischen Handeln], in: Annales Universitatis Paedagogicae Cracoviensis. Studia Politologica 15 (2015), H. 194, S. 78–88, hier S. 78.

²⁸ Ebd.

²⁹ Außenminister Sikorski hatte in seinem Exposé vor dem Sejm 2008 ironisch angemerkt, einige hätten noch gar nicht mitbekommen, dass Deutschland heute Polens Verbündeter sei – Informacja Ministra Spraw Zagranicznych 2008.

der Beziehungen innerhalb der Visegrád-Gruppe, des Karpaten-Gebiets, des Ostseebeckens und auf dem Balkan. Entscheidend für die Zukunft werde auch das von der nächsten Nachbarschaft bis zum Kaukasus reichende Gebiet sein. Eine NATO-Osterweiterung und die Integration des Süd-Kaukasus seien weiter aktuell. Was die Zukunft der Europäischen Union angeht, so solle sich die Integration laut PiS-Programm im Wesentlichen auf die vier Freiheiten beschränken und jedem Staat ein Entwicklungsmodell entsprechend seinen nationalen Interessen gewährleisten. Es solle in der Union viele regionale Zentren und nicht *ein* Entscheidungszentrum in der Euro-Zone (d. h. im Klartext: Berlin) und von ihm abhängige Peripherien geben. Solidarität in dieser Union solle heißen, dass sich die Union so schnell entwickle wie ihr schwächster Staat. Es solle eine Union auf der Basis dauerhafter Wurzeln zivilisatorischer Identität, nicht gesellschaftlicher Konstrukte geschaffen werden. Von Bedeutung für die zu verfolgende Außenpolitik war auch die mehrfach geäußerte Kritik des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński an den Vorgängerregierungen, sie hätten Polen zu einem deutschen Klientelstaat gemacht.

Nach dem Wahlsieg der PiS im Spätherbst 2015 wurde mit der Umsetzung einer neuen Außenpolitik begonnen. In der ersten Grundsatzrede des neuen Außenministers Waszczykowski vor dem Sejm im Januar 2016 stand die Sicherung der Souveränität Polens an erster Stelle. Wichtigster Verbündeter seien aus sicherheitspolitischen Gründen die USA, dann die Europäische Union und innerhalb der EU Großbritannien, das eine ähnliche, auf die eigene Souveränität pochende Position vertrat wie Polen. Deutschland wurde nur am Rande erwähnt. Der ein halbes Jahr später per Referendum beschlossene Brexit bedeutete für diese polnische Regierung allerdings einen herben Schlag.

Die Hauptrichtung der polnischen Außenpolitik zielt auf Mitteleuropa sowie Polens östliche Nachbarländer. Im PiS-Programm ist von vier quasi konzentrischen Kreisen die Rede: Westeuropa, dem an der Ostsee gelegenen Nordeuropa, Mitteleuropa und Südosteuropa. Polen bilde in gewisser Weise eine Brücke zwischen diesen Kreisen. Historisch war Polen dabei am wenigsten mit Westeuropa verbunden. Es strebt zur Stärkung seiner Position in Europa mit bisher allerdings begrenztem Erfolg eine engere Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik, der Slowakei und Ungarn an (Visegrád 4).

Gemeinsam mit Kroatien ergriff Polen 2016 die Initiative zu einer Konferenz in Dubrovnik von rund einem Dutzend EU-Staaten zwischen Baltikum, Adria und Schwarzem Meer, bis auf Österreich nur Staaten, die ab 2004 der EU beigetreten waren. Auf den ersten Blick nimmt sich das

wie eine Anknüpfung an *Międzymorze*-Konzeptionen der Zwischenkriegszeit aus. Das inzwischen Dreimeere-Initiative genannte Vorhaben setzt sich als Hauptziele eine Verbesserung der Transportverbindungen zwischen den baltischen Staaten und der Adria, die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen und den Ausbau digitaler Zusammenarbeit. Am zweiten Treffen in Warschau 2017 nahm für kurze Zeit US-Präsident Donald Trump teil. Dass der Ausbau der Infrastruktur im östlichen Teil der EU notwendig ist, ist unstrittig. Offen blieben zunächst jedoch die Fragen, wer die Projekte finanzieren soll und ob sie der besseren Integration innerhalb der EU dienen oder ob die Dreimeere-Initiative eher ein Gegengewicht zur Achse Berlin – Paris bilden solle.

An der Nachfolgekonzferenz 2018 in Bukarest nahm auch Bundesaußenminister Heiko Maas teil. Er erklärte, dass Deutschland die östlichen Nachbarn auch über die EU hinaus in den Blick nehme, dass es als Ostseeanrainer quasi ein natürliches Mitglied dieser Staatengruppe sei, mit dem die meisten Mitglieder sehr enge Wirtschaftsbeziehungen unterhielten, sprach von einer „neuen Ostpolitik“ und bekundete ein Interesse der Bundesrepublik an einer ständigen Teilnahme an der Dreimeere-Initiative.³⁰ Deutschland unterstützt jedoch das von den meisten Mitgliedstaaten der Dreimeere-Initiative sehr kritisch gesehene Projekt der Gaspipeline Nord Stream 2. Der polnische Ministerpräsident Morawiecki erwähnte Deutschland in seiner Rede auf der Konferenz mit keinem Wort. Der später von Deutschland geäußerte Wunsch auf Mitgliedschaft in der Dreimeere-Initiative scheiterte vor allem an Vorbehalten Polens. Deutschland erhielt ebenso Beobachterstatus wie die allerdings an keines der drei Meere angrenzenden USA.

Unter der PiS-Regierung ist polnische Außenpolitik in einem erheblichen Umfang zu einer Funktion der Innenpolitik geworden. Die Zurück-

³⁰ Maas sieht Deutschland als Brückenbauer für eine neue Ostpolitik, in: Handelsblatt, 18.09.2018, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/drei-meere-initiative-maas-sieht-deutschland-als-brueckenbauer-fuer-neue-eu-ostpolitik/23081616.html?ticket=ST-573881-rEjAYeLxr6toxCpIvc1e-ap2> (Zugriff: 13.12.2018). In seiner Eröffnungsansprache zur Konferenz „100 Jahre deutsche Polen-Politik“ im Auswärtigen Amt am 15. November 2018 vertiefte Außenminister Maas die Konzeption einer neuen Ostpolitik dahingehend, dass sie Russlands Bruch des Völkerrechts bei der Annexion der Krim berücksichtigen müsse. Die Lage in der Östlichen Partnerschaft der EU sei „hochkomplex“. Innerhalb der EU gebe es höchst unterschiedliche Positionen zum Beispiel zum Beitritt von Kandidaten wie der Ukraine, Moldawien oder Georgien. Eine neue europäische Ostpolitik im politischen Tagesgeschäft zu verankern, sei keine leichte Aufgabe, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-ein-jahrhundert-deutsche-polen-politik/2161660> (Zugriff: 15.12.2018).

weisung der Kritik aus Brüssel an innenpolitischen Maßnahmen der PiS, die Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit in Frage stellen, wie etwa die Gleichschaltung des Verfassungsgerichtshofs oder der „Umbau“ des Obersten Gerichts,³¹ stärkten eher die Position der PiS in den Augen ihrer Anhänger.³² Das galt zu einem gewissen Teil auch für die spektakuläre Niederlage („1 zu 27“), die Kaczyński einstecken musste, als er 2017 um jeden Preis die Wiederwahl von Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten verhindern wollte. Was für viele als eine der peinlichsten Pannen der polnischen Diplomatie gilt, war für Kaczyński keine Niederlage, sondern ein Beweis dafür, dass Polen ein „Subjekt“ der internationalen Politik sei. Premierministerin Szydło sagte nach der Rückkehr aus Brüssel, das sei keine Niederlage, sondern ein Sieg. Polen habe gezeigt, dass es ein gleichberechtigter, stolzer Staat sei.³³

Die konservative Tageszeitung „Rzeczpospolita“ sprach dagegen von einer „diplomatischen Katastrophe“.³⁴ Die PiS-Führung lenkte gegenüber der EU nur ein – und das in der blitzschnellen Art, in der sie in der laufenden Wahlperiode Gesetze tagespolitischen Bedürfnissen anpasst –, wenn ihr hohe Geldstrafen drohten, etwa 2017 beim Fällen weiterer Bäume im

³¹ Die Europäische Kommission hat im Dezember 2017 gegen Polen ein Verfahren nach Art. 7 der EU-Verträge eingeleitet, da das Parlament insgesamt 13 Gesetze verabschiedet habe, die nicht mit den Grundwerten der EU vereinbar seien. Hiervon zeigte sich die polnische Regierung unbeeindruckt, da sie sicher ist, dass Ungarns Ministerpräsident Orbán ein Veto in dieser Frage einlegen wird, was das Verfahren blockieren würde.

³² In einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts CBOS von Ende 2017 erklärten 45 Prozent der Befragten die kritische Resolution des Europäischen Parlaments (EP) zum Stand der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Polen vom 15. November 2017 mit einer Abneigung des EP gegen die PiS und ihre Regierung, nur 31 Prozent mit der Sorge um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, vgl. CBOS, Po rezolucji PE – opinie i obawy [Nach der Resolution des EP – Meinungen und Befürchtungen], Komunikat z badań 191/2017, Dezember 2017, S. 2, https://cbos.pl/SPISKOM.POL/2017/K_171_17.PDF (Zugriff: 15.12.2018).

³³ PAWEŁ HEKMAN, Show PiS na Lotnisku Chopina [Show der PiS auf dem Chopin-Flughafen], in: Gazeta Wyborcza, 10.03.2018, <http://wyborcza.pl/7,75398,21483565,prezes-kaczynski-przywital-beate-szydlo-z-kwiatami-to-nie-jest.html> (Zugriff: 15.12.2018). Bei dieser Gelegenheit gab Kaczyński zu verstehen, wie fremd ihm der Westen Europas ist: „Sehr viele haben sich gebeugt, als sie in eine Konfrontation mit denen gerieten, die von außen sind, die aus dem Westen sind, die reicher und stärker sind“. Szydło habe dagegen mit erhobenem Haupt gekämpft und ihre Mission erfüllt, die Mission eines polnischen Premiers und eines polnischen Staatsmanns (alle Formen im Original maskulin), vgl. ebd.

³⁴ MICHAŁ SZULDRZYŃSKI, Kronika dyplomatycznej katastrofy [Chronik einer diplomatischen Katastrophe], in: Rzeczpospolita, 10.03.2017, <https://www.rp.pl/Wybor-przewodniczacego-RE/30309859-Szuldrzynski-Kronika-dyplomatycznej-katastrofy.html> (Zugriff: 15.12.2018).

Urwald von Białowieża oder 2018 nach dem Urteil des EuGH zur Entlassung von Richtern des Obersten Gerichts mit der nach der Verfassung bis 2020 gewählten Vorsitzenden Małgorzata Gersdorf an der Spitze.

Teil nicht nur der Innen-, sondern auch der Außenpolitik der PiS ist eine aktive Geschichtspolitik, die das Wissen über die Leistungen der Polen weltweit stärken und Verleumdungen – etwa die Verwendung des Begriffs „polnische Vernichtungslager“ – entgegenwirken soll. Zu Jahresbeginn 2018 wurde per Gesetz mit Strafen bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht, wer Polen oder dem polnischen Volk entgegen den Tatsachen eine Mitschuld an Verbrechen zuschreibe, die zwischen 1917 und 1990 von Kommunisten, dem nationalsozialistischen Deutschland oder ukrainischen Nationalisten begangen worden seien. Dies zielte u. a. in die Richtung, eine Aufarbeitung des Verhaltens der polnischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung und ihrer eventuellen Beteiligung an Verbrechen im Rahmen des Holocaust abzuwehren. Die Folge war ein schwerer diplomatischer Konflikt mit Israel, den USA und der Ukraine. Eine Novellierung des Gesetzes trug den Einwänden aus den USA und Israel, nicht jedoch aus der Ukraine Rechnung.

Wieviel Integration mit der EU?

Die Zustimmung zur Mitgliedschaft Polens in der EU liegt seit vielen Jahren zwischen 80 und 90 Prozent. Bei der Frage nach dem erwünschten Grad an Integration ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede, die in Abhängigkeit von akuten Ereignissen in der internationalen und vor allem in der EU-Politik leicht schwanken können. Nach einer CBOS-Studie vom Dezember 2018 ging die europäische Integration 21 Prozent der Befragten schon zu weit, aber 45 Prozent befürworteten eine noch engere Integration. Die höchsten Zustimmungswerte finden sich unter den Anhängern der PO (54 Prozent) und der SLD (58 Prozent). Für die Einführung des Euro in Polen hatten sich 2002 64 Prozent ausgesprochen, Anfang 2009 noch 53 Prozent. Nach der Währungskrise sank dieser Anteil bis 2018 auf 22 Prozent, 71 Prozent lehnten den Euro ab.³⁵ Zwar sprach sich die PO im Frühjahr 2018 für einen Beitritt Polens zur Eurozone aus, doch fehlt der Opposition ein klares europapolitisches Profil.

³⁵ CBOS, Polska w Unii Europejskiej [Polen in der Europäischen Union], Komunikat z badań 166/2018, https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/20187/K_050166_178.PDF (Zugriff: 15.12.2018).

Nachdem mehrere hochrangige PiS-Politiker 2018 EU-kritische Äußerungen vornahmen,³⁶ wurde Teilen der PiS-Führung Pläne für einen „Polexit“ unterstellt. Dies wurde vielfach als Grund für das schlechte Abschneiden der PiS bei den Kommunalwahlen in den Großstädten im Oktober 2018 gesehen. 2019 standen Wahlen zum Europäischen Parlament und vor allem zu Sejm und Senat an. Auf dem PiS-Parteikonvent Mitte Dezember 2018 wurde daher als erstes von drei Schlagworten ausgegeben: „Polen – das Herz Europas“ (*Polska sercem Europy*). Was das konkret für den Integrationsprozess in der EU bedeutet, ist offen.

Bei der Westintegration ist nur die NATO-Mitgliedschaft gesellschaftlich unumstritten, wobei der PiS-Führung das bilaterale polnisch-amerikanische Verhältnis vermutlich wichtiger ist als die von US-Präsident Trump mit einem Fragezeichen versehene euroatlantische Gemeinschaft. Diese wird dagegen von der PO eindeutig unterstützt. Polen ist 30 Jahre nach dem Runden Tisch ein nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch gespaltenes Land.

³⁶ Unter anderem sagte Präsident Duda im September in Leżajsk, die EU sei eine „imaginierte Gemeinschaft“, aus der für Polen nicht viel resultiere.